

güterwirtschaft sind gute Wachstumsraten zu verzeichnen. Aber das war auch vor dem April 2002 der Fall.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben das eine oder andere versucht. Aber gleichzeitig haben Sie der Bauwirtschaft und dem Handwerk erheblichen Schaden zugefügt, indem sie infolge der Kürzung im Bereich der Kommunalfinanzen die kommunale Investitionstätigkeit fast zum Erliegen gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wäre die Flut nicht gewesen, hätten wir im Landeshaushalt eine schlechtere Investitionsquote und weniger Wachstum gehabt. Im Land hätten wir noch mehr Insolvenzen und weniger Bautätigkeit gehabt - schlimm genug.

Meine Damen und Herren von der Koalition, im Wahlkampf versprochen Sie mehr Geld für die Polizei bzw. mehr Polizei, mehr Geld für die Hochschulen, eine bessere Finanzausstattung für die Kommunen usw. Die Arbeitslosigkeit würde während Ihrer Amtszeit rapide zurückgehen, getreu dem Motto: Der Wunderheiler kommt, alles wird gut. - Ja, leider ist die Wunderheilerin gegangen. Vielleicht hätte sie im Land bleiben müssen. Vielleicht hätte dann alles besser ausgesehen.

Ein Jahr danach hören wir nun vom Ministerpräsidenten völlig neue Töne: Tut mir Leid, es dauert alles doch länger, als ich gedacht hatte.

Aber, Herr Ministerpräsident, Sie sind kein Anfänger. Sie waren Finanzminister, Sie waren Sozialminister. Sie kannten das mühselige Geschäft.

(Zuruf von Frau Liebrecht, CDU)

Sie wussten, wie schwierig das Bohren dicker Bretter ist. Sie kommen von keinem anderen Stern. Mancher wird sagen: Der Mann ist wirklich ehrlich. Er gibt zu, dass er die Schwierigkeiten unterschätzt hat. Andere sagen vielleicht: Hier wollte jemand als Tiger starten und ist als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der SPD)

Die Wahrheit ist: Sie müssen Ihre Wahlversprechen wieder einfangen. Was bleibt, ist die Feststellung: Der gute Wille ist da, dieser allein reicht aber nicht aus. Deshalb sagen Sie heute: Sorry, Leute, ich habe mich geirrt - getreu der schönen Karikatur vom alten Marx aus der Wendezeit. Mit dieser negativen Prognose hätten Sie vor einem Jahr die Wahl nicht gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: Bildungspolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik - alles wenig berühmt, alles kein Beleg für Regierungskunst. Mit einem Satz: Unser Land steht nicht besser da als vor einem Jahr. Ich wage die Prognose, dass das, was heute von Ihnen als Reformkurs angekündigt wurde, auch nicht dazu führen wird, dass es im nächsten Jahr anders aussieht.

Dennoch, ich möchte meine Rede angesichts der objektiven Schwierigkeiten, vor denen wir alle stehen und für deren Überwindung wir in dieses Parlament gewählt wurden, nicht ohne ein Angebot beenden: Wenn Sie sich doch irgendwann dazu ermutigen sollten, in der Sache

richtige Reformschritte einzuleiten, werden Sie uns an Ihrer Seite finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Dr. Püchel, wären Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Scharf zu beantworten? - Herr Scharf verzichtet. Herzlichen Dank, Herr Dr. Püchel. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Herrn Scharf das Wort. Bitte sehr, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland ist in keiner guten Verfassung. Kanzler Schröder wollte sich mit seiner Politik nur an einer einzigen Zahl messen lassen, der Höhe der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen liegt inzwischen bei gut 4,7 Millionen. Die Bundesregierung hat auf ganzer Linie versagt. Trotzdem werden wir diese Bundesregierung wohl noch eine Weile aushalten müssen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wir müssen Sie auch aushalten!)

- Ja, na klar. Aber die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, Hessen, Niedersachsen und auch die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein haben gezeigt, dass in absehbarer Zeit eine Trendwende in ganz Deutschland möglich ist.

Meine Damen und Herren! Alle führenden Forschungsinstitute prognostizieren ein gesamtdeutsches Wirtschaftswachstum von weniger als 1 %. Das lässt vermuten, dass die Arbeitslosigkeit spätestens im April 2003 wohl den historischen Höchststand von fünf Millionen Personen überschreiten wird. Immerhin: Wir haben seit über drei Monaten die rote Laterne in der Arbeitsmarktstatistik abgegeben - diese hat Mecklenburg-Vorpommern -, aber zugegebenermaßen auf einem leider viel zu hohen Niveau.

Die Bundesregierung erwog bereits zum Jahresanfang offen, eine massive Ausweitung der Nettoneuverschuldung im Jahr 2003 von ursprünglich 18,9 Milliarden € auf über 20 Milliarden € in Kauf zu nehmen. Jede weitere Milliarde an Neuverschuldung bedeutet jedoch, dass der Euro-Stabilitätspakt auch im Jahr 2003 nicht eingehalten werden kann. Es lässt sich nicht mehr beschönigen: Die Bundesregierung scheint den Euro-Stabilitätspakt vollständig aufgegeben zu haben.

Die Steuerschätzungen lassen erwarten, dass wir auch zukünftig mit weiteren Steuermindereinnahmen zu kämpfen haben werden. Dieses wird auch im Hinblick auf das Land Sachsen-Anhalt wahrscheinlich weitere negative Prognosen erwarten lassen.

Meine Damen und Herren! Wirtschaftswachstum ist ein Ziel, und zwar ein wichtiges Ziel, weil es nach meiner Auffassung die einzige Quelle des Reichtums ist, den wir hinterher verteilen können. Es gilt, vorhandene Beschäftigungsfelder schneller zu entwickeln und mehr neue Beschäftigungsfelder zu eröffnen, als durch die Rationalisierung gleichzeitig wegfallen.

Dabei müssen wir Sozial- und Umweltstandards beachten und wir müssen die Aufgaben im Bereich der inneren und der äußeren Sicherheit erfüllen. In diesen Bereichen dürfen wir uns keine Nachlässigkeit erlauben.

Wir haben natürlich auch die Fragen der globalen Ethik zu berücksichtigen; denn wir sind ein Staat, der sich einem Wirtschaftswachstum verpflichtet fühlt, das gleichzeitig nachhaltig ist. Dabei, meine Damen und Herren, kann eine Politik ohne inneren Kompass keine gesellschaftlichen Entwicklungen nachhaltig beeinflussen.

Reformen braucht das Land. Wenn wir nichts oder nur wenig tun, dann fallen wir zurück und können unsere persönlichen und gesellschaftlichen Ansprüche jetzt und in Zukunft nicht mehr erfüllen.

Meine Damen und Herren! Für die CDU gelten einige allgemeine Grundsätze, die wir bei jeder einzelnen Maßnahme, die wir zu treffen haben, buchstabieren müssen: Subsidiarität; kleine Einheiten sollten Vorrang vor großen Einheiten haben; der Bürger hat Vorrang vor dem Staat.

In der sozialen Marktwirtschaft hat der Staat eine Ausgleichs- und Ordnungsfunktion. Aber wir müssen uns auch immer der Gefahr bewusst sein, dass die Überregulierung schnell vor der Tür steht. Deshalb ist eine beständige Aufgabenkritik notwendig; deshalb ist die Senkung der Staatsquote eine ständige und in dieser Zeit eine besonders dringende Aufgabe.

Ich möchte daran erinnern, dass wir in der Bundespolitik im Moment leider mehr eine Schlangelinie als eine gerade Linie beobachten müssen. Wir konnten zuerst Lafontaines Umverteilstaat in den Diskussionen erleben, dann die Diffamierung der Union als die Partei der sozialen Kälte, dann Schröders „Neue Mitte“. Und nun haben wir den Gummikanzler als Kanzler der Beliebigkeit.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Was im Wahlprogramm der SPD stand, spielte in der Koalitionsvereinbarung keine Rolle. Was in der Koalitionsvereinbarung steht, spielt in der aktuellen Politik keine Rolle. Ich nenne nur das Stichwort Ladenschluss; das gibt es nicht in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün - es wurde vom Kanzler plötzlich wie eine Notwendigkeit aus dem Hut gezogen,

(Frau Budde, SPD: Wie ein Kaninchen!)

an der jetzt Deutschlands Politik genesen soll.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Herr Dr. Püchel, SPD: Sind Sie dagegen?)

Das ist keine Linie, meine Damen und Herren, das ist eine Politik der Beliebigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Thema Ladenschluss will ich nur daran erinnern, dass wir, CDU und FDP, uns lange und sehr verantwortlich mit diesem Thema beschäftigt haben. Ich denke, dass wir bei allen Schwierigkeiten, die wir selbst mit dem Thema haben, zu einem vernünftigen Kompromiss gekommen sind. Die SPD zieht so etwas einfach aus dem Hut und sagt: Das ist jetzt ein Thema, über das ganz Deutschland diskutieren muss.

(Frau Mittendorf, SPD: Das haben Sie jahrelang gefordert!)

Trotz dieser Beliebigkeit können wir uns auf Bundesebene keine Blockadepolitik erlauben und werden diese auch nicht durchführen; denn es kann nicht sein, dass wir Rot-Grün erlauben, die Karre immer tiefer in den Dreck fahren zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, eine Spielregel muss gelten: Ordentliche Gesetze muss Rot-Grün auf den Tisch packen; dann werden wir diese bewerten. Umgekehrt geht es nicht. Wer regiert, muss die Vorlage machen. Die Opposition hat dann die Aufgabe, die Vorlage zu bewerten.

(Frau Budde, SPD: Machen Sie es doch mal vor!
- Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Meine Damen und Herren! Es geht nicht so, wie es Clement macht. Er wirft einen Stein nach dem anderen ins Wasser, schwimmt dann davon und schaut zu, wohin die Wellen plätschern. So, meine Damen und Herren, können wir Politik in Deutschland nicht machen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wirtschaftliche Effektivität und soziale Sicherheit gehören nach meiner festen Überzeugung zusammen. Deshalb will ich mir erlauben, wie meine Vorredner auch, nur einen Teil der gegenwärtigen bundespolitischen Diskussion besonders ins Blickfeld zu rücken: das Tarifvertragsrecht.

Meine Damen und Herren! Für die CDU gilt, dass die Tarifautonomie ein wesentlicher Pfeiler unserer Wirtschaftsverfassung ist und dass der Tarifvertrag und die Lohnfindung auf der Ebene der Tarifvertragsparteien nicht zur Disposition gestellt werden dürfen. Flächentarifverträge sind ein bewährtes ordnungspolitisches Instrument, um faire Wettbewerbsbedingungen in einer Branche zu ermöglichen. Sie bieten sowohl den Unternehmen wie den Beschäftigten eine klare Perspektive für zu kalkulierende Kosten und für individuelle Einkommensverhältnisse.

Meine Damen und Herren! Ein Flächentarifvertrag, der genügend große Teile einer Branche umfasst, verhindert Lohndumping. In der Praxis strahlt ein Flächentarifvertrag weit über seinen Gültigkeitsbereich hinaus aus.

(Zustimmung von Herrn Dr. Heyer, SPD)

Dies geschieht zum einen, weil viele Haustarifverträge sich an den entsprechenden Tarifvertrag anlehnen, und zum anderen, weil sich viele tarifungebundene Unternehmen freiwillig an wichtigen Bestandteilen eines Flächentarifvertrages orientieren.

Freilich, meine Damen und Herren, ist der Flächentarifvertrag ins Gerede gekommen, weil er in einigen Fällen zu für die Unternehmen unliebsam hohen Abschlüssen und damit zu Gefährdungen für die Unternehmen geführt hat. Der Sinn des Flächentarifvertrages, nur Mindestbedingungen festzulegen, hat sich zum Teil in ein Festlegen zu hoher Standards verkehrt. Die Tarifvertragsparteien reagieren darauf zum Teil mit Tariffucht oder sie arbeiten mit Haustarifverträgen oder mit notwendigen oder auch zum Teil nicht vorhandenen Öffnungsklauseln.

Es ist wichtig, meine Damen und Herren, die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Gänze zur Kenntnis zu nehmen; denn sie wird in den Zeitungen normalerweise nur bruchstückhaft zitiert. Die Fraktion schlägt vor, dass künftig sowohl durch Betriebsvereinbarungen als auch durch Einzelverträge von bestehenden Tarifverträgen abgewichen werden können soll, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies wollen, zwei Drittel der Belegschaft und des Betriebsrates dem zugestimmt haben und die Abweichung der Beschäftigungssicherung oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze dient.

Ganz wichtig: Bei der Abweichung durch Betriebsvereinbarung ist dadurch eine Grenze gezogen, dass beide Tarifvertragsparteien ein begründetes Einspruchsrecht haben. Bei Abweichungen durch Einzelverträge ist dadurch die Grenze gezogen, dass die Abweichung nur für die Laufzeit des Tarifvertrages vereinbart werden kann, von dem abgewichen werden soll. - So die ganze Wahrheit.

Nun möchte ich zwei Beispiele nennen, die deutlich machen, dass tatsächlich Handlungsbedarf vorliegt. Der Flächentarifvertrag im Bereich der Metall- und Elektroindustrie umfasst in seiner Bindungswirkung bundesweit etwa 40 % der Unternehmen und 65 bis 66 % der Beschäftigten, in Ostdeutschland knapp 20 % der Beschäftigten und nur 10 bis 15 % der Betriebe. Der Flächentarifvertrag der IG Chemie hingegen umfasst in den neuen Ländern etwa 70 % der Unternehmen und deutlich mehr als 70 % der Beschäftigten.

Was lehrt uns das? - Diese Zahlen zeigen ganz deutlich: Die wesentlich vernünftigeren Tarifpolitik im Bereich der Chemie stärkt das ordnungspolitische Instrument eines Flächentarifvertrages; die ideologisch geprägten Positionen der IG Metall haben in ihrer Wirkung letztlich deutlich weniger Arbeitsverhältnisse regeln können.

(Frau Budde, SPD: Das ist eine ganz andere Unternehmensstruktur! Gucken Sie sich die Struktur der Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt an und in anderen Industrien!)

Meine Damen und Herren! Der jüngste Tarifabschluss im öffentlichen Dienst hat uns in den neuen Bundesländern im weiteren Aufholprozess eher geschadet als genutzt. Es ist verständlich, dass immer wieder Überlegungen dahin gehend auftauchen, eigenständig zu verhandeln, weil der Bund und die alten Bundesländer zum Teil wenig Rücksicht auf die neuen Bundesländer genommen haben. Ein besonders pikantes Beispiel hierfür ist der Ausstieg des rot-roten Senats in Berlin aus der Tarifgemeinschaft der Länder. Dies wurde übrigens von der PDS nie thematisiert. Bleiben Sie mal ehrlich!

Ich möchte zwei unterschiedliche Beispiele für Lohnfindungen ins Bewusstsein rufen. Das Durchschnittsgehalt einer 40-jährigen Laborantin, verheiratet, ein Kind, im Bereich des BAT,

(Frau Budde, SPD: Was ist das eigentlich für eine Debatte?)

zum Beispiel beschäftigt im Hygieneinstitut, beträgt mit Stand vom Januar 2003 2 326 € brutto. Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt einer vergleichbaren Laborantin im Bereich der chemischen Industrie lag im Jahr 2002 bei 1 885 € brutto. Wenn der Stufentarifvertrag für die chemische Industrie in dem Fall, den ich jetzt vor Augen habe, umgesetzt werden sollte, dann wären das 3 %. Der Unterschied zwischen dem Verdienst einer Laborantin in der chemischen Industrie und einer im öffentlichen Dienst betrüge immerhin noch 385 €

Meine Damen und Herren! Ich will es ganz deutlich sagen: Jedem sei sein persönlicher Verdienst gegönnt, aber es ist nicht gut, wenn der öffentliche Dienst Lohnführer ist. Und das ist er in Ostdeutschland seit langem.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Dies beschert uns unerträgliche Probleme. Dies verschärft alle Anstrengungen, die wir zur Rationalisierung im öffentlichen Dienst durchführen müssen. Wer diese

einfachen Wahrheiten ignoriert, der macht den Leuten etwas vor. Es hat keinen Sinn, die Leute ins Hamsterrad zu sperren und sie immer schneller laufen zu lassen.

Ich will auch ganz deutlich sagen: Es geht nicht um die Diskussion über Billigjobs, es geht darum, dass wir Fehlentwicklungen erkennen müssen und, soweit es geht, auch gegenzusteuern haben.

(Frau Budde, SPD: Aber, Herr Scharf, Sie sind doch mit der Angleichung im öffentlichen Dienst an die Westlöhne in den Wahlkampf gezogen! Das war Ihre Position! Was wollen Sie uns jetzt zu dem Thema „Reformen braucht das Land“ sagen?)

- Ja, wir müssen dieses Thema, die Ost-West-Angleichung, beachten. Wir müssen aber auch beachten, dass - ich will es einmal im alten Sprachgebrauch sagen - diejenigen, die Gemeinkosten erzeugen, nicht vorweg marschieren dürfen. Die produktiven Bereiche sind die wichtigeren.

Das können wir letztlich nicht beeinflussen, weil wir die Tarifverträge nicht abschließen, aber wir haben als Politiker Fehlentwicklungen ganz deutlich zu benennen. Der Landtag ist der richtige Ort, um auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU - Frau Budde, SPD: Die Regierungserklärung heißt: Reformen braucht das Land, und nicht Wahlversprechen! Was anderes ist es doch nicht, was Sie machen!)

Im Übrigen will ich darauf hinweisen,

(Frau Budde, SPD: Sie arbeiten Ihre Wahlversprechen ab! - Unruhe)

dass wir sehr wohl wissen, dass die Einhaltung von Tarifverträgen und die Gestaltung von Tarifverträgen weithin außerhalb unserer staatlichen Einflussmöglichkeiten liegen. Deshalb haben wir - dazu stehe ich - ein nicht funktionierendes Vergabegesetz abgeschafft, das in der Regelungswirkung nicht funktioniert hat

(Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

und das die Probleme vor Ort nicht gelöst hat.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Theil, PDS: Da fragen Sie mal die Betriebe!)

Meine Damen und Herren! Damit komme ich jetzt zum - -

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Scharf, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Bullerjahn zu beantworten?

Herr Scharf (CDU):

Das geht dann nicht von der Redezeit ab, nein?

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD - Zuruf: Doch!)

- Nein, nein.

(Herr Gallert, PDS: Das steht auch so in der Geschäftsordnung! - Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Nur zur Erinnerung, ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Bullerjahn.

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Scharf, vielleicht können Sie eines klarstellen: Wird es bei den politisch auch vom MP vereinbarten Angleichungsschritten von 2 % in den nächsten Jahren bleiben oder nicht?

(Frau Budde, SPD: Ja!)

Herr Scharf (CDU):

Selbstverständlich. Die Tarifverträge im öffentlichen Dienst sind abgeschlossen und wir werden uns daran halten.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe an dieser Stelle nur noch einmal ganz deutlich gesagt, dass sie nach meiner Auffassung schlecht verhandelt worden sind. Daran ist die Politik auch mit schuld.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was für eine Reform wollen Sie machen?)

- Ich habe zu einigen Reformfragen auf bundespolitischer Ebene Stellung genommen. Dabei war mir die Frage wichtig, wie wir zukünftig mit dem Tarifvertragsrecht umgehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Also keine Reform! - Frau Budde, SPD: Sie Verlangen von der Bundesregierung, dass sie Ihre Wahlversprechen einfüngt, damit Sie es nicht machen müssen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Nein. Ich habe doch deutlich gesagt, dass ich mir vorstellen könnte, wohin auf bundespolitischer Ebene in dieser speziellen Frage die Reise gehen sollte.

Jetzt, meine Damen und Herren, komme ich dazu, was wir auf Landesebene durch die Landespolitik selbst beeinflussen können. An erster Stelle möchte ich sagen: Der Herr Ministerpräsident hat deutlich dargestellt, dass eine Politik der Ehrlichkeit die Politik ist, die wir im Land durchführen werden und die wir Schritt für Schritt umsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank und von Frau Budde, SPD)

Mit dem Markenzeichen der Ehrlichkeit, keine falschen Versprechungen zu machen, haben wir den Wahlkampf gewonnen,

(Herr Bullerjahn, SPD: Was haben Sie?)

mit diesem Markenzeichen haben wir die Koalitionsvereinbarung aufgeschrieben und mit diesem Markenzeichen setzen wir die Koalitionsvereinbarung Schritt für Schritt um.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frau Budde, SPD: Gut, dass die Wahlprogramme schriftlich vorhanden sind!)

Meine Damen und Herren! Wenn der Ministerpräsident feststellen musste, dass das eine oder andere nicht ganz so schnell umzusetzen ist, wie wir uns das erhofft hatten, so sagen wir das rechtzeitig und lassen uns nicht vom Kurs abbringen. Die Bevölkerung weiß aber, welche kalkulierbaren nächsten Schritte wir als Koalition zusammen mit der Landesregierung in den nächsten

Monaten im Landtag von Sachsen-Anhalt gehen und welche Aufgaben wir umsetzen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frau Budde, SPD: Davon war in der Rede des Ministerpräsidenten nicht die Rede! Ich habe nichts davon gehört!)

Wir haben im letzten Jahr eine ganze Menge erreicht. Ich möchte unsere bisherige Regierungstätigkeit kurz in drei Phasen charakterisieren: In der ersten Phase haben wir aufgeräumt mit dem Nachtragshaushalt. Wir haben erste Pflöcke eingeschlagen mit dem Ersten Investitionserleichterungsgesetz und wir haben in der Schulpolitik eine erste Richtungsentscheidung gefällt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

In der zweiten Phase haben wir den Landeshaushalt beschlossen. Das war eine nicht ganz leichte Geburt, aber sie ist uns gelungen. Wir haben das neue Schulgesetz beschlossen und haben damit der Bildungspolitik im Land Sachsen-Anhalt wieder Inhalt, Richtung und Form gegeben.

(Widerspruch bei der SPD)

An dieser Stelle komme ich auf das zurück, was ich vorhin eigentlich in die Form einer Frage kleiden wollte, Herr Dr. Püchel. Ihre Schulreform hat natürlich gerade im Bereich der Sekundarschule und für diejenigen, denen wir mit dem Hauptschulbildungsgang eine neue Chance geben wollen, zu einer verheerenden Wirkung geführt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Herr Gürth, CDU: Genau so!)

Die Schulexperimente, die Sie sich von Herrn Harms und von Frau Mittendorf haben einreden lassen, haben dazu geführt, dass sich der Anteil der Schüler, die ohne Abschluss die Sekundarschule verlassen haben, dramatisch erhöht hat.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das stimmt!)

Wir sind dafür, dass jeder begabungsgerecht wieder seine Chance im Land Sachsen-Anhalt bekommen soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz und von Minister Herrn Dr. Daehre - Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Deshalb stehen wir voll hinter der Schulreform, die wir zusammen mit Kultusminister Olbertz initiiert haben. Freilich muss ein Gesetz, das gerade erst beschlossen worden ist und das im nächsten Schuljahr Wirkung zeigt, in den nächsten Jahren zu messbaren Ergebnissen führen. Einige Schulen in Sachsen-Anhalt werden demnächst wieder in den Pisa-Auswahlprozess aufgenommen. Wir scheuen uns nicht, uns in absehbarer Zeit in der Politik mit anderen Ländern messen zu lassen.

(Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Die dritte Phase unserer Politik wird jetzt im Frühjahr eintreten. Wir werden uns in die Mühen der Ebene begeben. Der Ministerpräsident hat die nächsten Reformvorhaben deutlich dargelegt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Welche?)

Die wesentlichen Elemente sind zum Beispiel unser Zweites Investitionserleichterungsgesetz. Darauf werden wir im Einzelnen heute noch zu sprechen kommen, so dass ich auf einzelne Punkte nicht eingehen will. Wenn jetzt jemand meint uns mit der Bewegung „Messe der Meister von morgen“ oder der Neuererbewegung karikieren zu müssen und jeder fragt mal herum, wo ein guter Einfall ist, dann frage ich mich, was ist das für eine Ignoranz zu meinen, dass die schlaunen Leute nur in der Regierung oder im Landtag sitzen sollen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Es ist auch etwas ganz anderes als ein unverbindliches Gerede an runden Tischen, wenn man in den entsprechenden Gremien die betroffenen Vereine, Verbände, Unternehmer, Gewerkschafter oder meinetwegen auch Kindergärtnerinnen und Lehrer nach guten Ideen fragt, die wir jetzt umsetzen müssten. Wir nehmen diese Gedanken auf, verarbeiten sie und entscheiden dann selbst, welche Ideen wir umsetzen wollen.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Das heißt, der politische Wille und die Richtung unserer Politik sind klar erkennbar.

(Zurufe von der SPD)

Aber wir sind nicht so vermessen, gute Gedanken im Land Sachsen-Anhalt zu ignorieren, nur weil wir den Einfall nicht selbst zuerst hatten. Das ist doch wirklich ein merkwürdiges Verständnis von Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Frau Budde, SPD: Das merkt man bei der Umsetzung von Gesetzesvorhaben!)

Wir werden die Verwaltungsmodernisierung mit der Funktionalreform zügig angehen. Professor Böhmer hat deutlich gemacht, dass dabei der Teufel im Detail steckt. Aber ich gehe weiterhin ganz fest davon aus, dass wir im Frühjahr Schritt für Schritt die einzelnen Vorlagen bekommen werden. Diese setzen wir auch Schritt für Schritt um. Wir werden aber nicht in eine Hast verfallen, die uns dazu verführen könnte, Fehler zu produzieren. Wir wollen Fehler vermeiden.

Wir werden auch auf kommunaler Ebene voranschreiten. Die Qualifizierung von Verwaltungsgemeinschaften, die wir angehen werden, ist ein eigenständiges Modell, das wir in der Koalition vorlegen werden. Die Grundzüge dazu konnten Sie in der Koalitionsvereinbarung nachlesen. Wenn Sie, Herr Dr. Püchel, jetzt schmunzeln, dann sage ich Folgendes: Es wird kein Verbandsgemeine-einführungsgesetz geben. Unser Modell sieht anders aus und wird trotzdem zu effektiven Strukturen führen.

(Beifall bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Aber warum schreiben Sie Zahlen hinein? Mir werfen Sie Zahlen vor!)

- Die Zahlen, verehrter Kollege Dr. Püchel, sind Richtwerte, an denen wir uns orientieren wollen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ich denke, Sie wollen keine Zahlen mehr verwenden!)

Wir haben intensiv darüber nachgedacht, welche Maßstäbe es geben kann, um die Effektivität von Verwaltungen festzustellen. Ich selbst habe mich mit den Statistiken ziemlich ausführlich beschäftigt. Ich muss an dieser Stelle sagen: Es ist offensichtlich noch keinem, der sich

mit Kommunalstatistiken und mit den Fragen der Effektivität beschäftigt,

(Herr Dr. Polte, SPD: Richtig!)

ein wesentlich prägnanterer Maßstab als Einwohnergrößen eingefallen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist nicht mehr auszuhalten! - Zuruf von Herrn Dr. Polte, SPD)

Ich hätte mir dieses gewünscht.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

- Nun hören Sie doch einmal genau zu. - Deshalb macht die Angabe von Richtgrößen - nicht von sklavisch einzuhaltenden Zahlen - einen Sinn.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Klasse!)

Mit diesen Richtgrößen werden wir arbeiten. Aber wir sind natürlich Kenner des Landes und wissen, dass wir auf bestimmte Gegebenheiten einzelner Regionen besondere Rücksicht nehmen müssen. Das heißt, über diese Richtgrößen brauchen wir nicht zu diskutieren, aber über die angepassten Lösungen vor Ort werden wir uns sehr genau unterhalten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Die Zitate präsentiere ich Ihnen noch!)

Das ist unsere berechenbare Politik, die wir in den nächsten Monaten umsetzen möchten.

Ich will deutlich sagen, wir erhoffen uns von der Qualifizierung der Verwaltungsgemeinschaften so viel Stärkung der Verwaltungskraft vor Ort, dass wir später auch mit der interkommunalen Aufgabenübertragung ein deutliches Stück vorankommen werden. Das ist etwas anderes als Ihr Verbandsgemeineeinführungsgesetz. Das muss man in der Öffentlichkeit weiterhin sehr deutlich sagen. Insbesondere werden wir die Eigenständigkeit der Kommunen deutlicher achten, als Sie das vorhatten, als Sie noch Verantwortung getragen haben. Das ist, glaube ich, ein großer Unterschied in unseren Politikansätzen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Scharf, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Paschke zu beantworten?

Herr Scharf (CDU):

Ja, bitte.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Frau Dr. Paschke.

Frau Dr. Paschke (PDS):

Herr Scharf, die Koalitionsfraktionen haben mit ziemlicher Konsequenz die Einwohnerzahlen außen vor gelassen. Nach Ihrer Klausurberatung in Storkau konnte man in der Presse lesen, dass bei diesen 31 Verwaltungsgemeinschaften, die weniger als 5 000 Einwohner haben, ein Strich gezogen wird und man sich zum Beispiel in der Altmark Partner suchen muss.

Meine Frage ist: Wo sehen Sie von der Effizienz her den Unterschied zu einer Verwaltungsgemeinschaft, die jetzt 4 675 Einwohner hat und bei der Sie den Zwang ausüben zu müssen meinen, dass sie auf mehr als 5 000

Einwohner kommt? Worin liegt die Berechtigung dieses Einwohnerkriteriums, das dann bindend sein soll?

Herr Scharf (CDU):

Frau Dr. Paschke, es tut mir Leid, Sie stellen sonst bessere Fragen. Es ist doch so, dass wir schon in den Jahren von 1990 bis 1994 davon ausgegangen sind, dass Verwaltungsgemeinschaften deutlich mehr als 5 000 Einwohner haben sollten. Das ist nicht überall gelungen. Aufgrund der demografischen Entwicklung sind einige Verwaltungsgemeinschaften noch tiefer abgerutscht. Dass hierbei im Laufe der Zeit nachjustiert werden muss, ist eigentlich für jeden offensichtlich.

Wenn ich von Richtgrößen gesprochen habe, so ist die Zahl 8 000 diejenige, an der sich zukünftig alle orientieren sollen. Es kann Besonderheiten geben, sodass man auch Lösungen, die unter dieser Zahl liegen, ernsthaft prüfen muss. Wir wollen aber in Zukunft ein Abgleiten in Miniverwaltungsgemeinschaften wirklich ernsthaft verhindern, sodass eine Diskussion darüber, ob sich die Verwaltungskraft bei 4 750 oder 5 000 Einwohnern gravierend unterscheidet, an dieser Stelle nicht zielführend ist.

(Herr Gallert, PDS: Aber zwischen 8 000 und 10 000 schon?)

- Vielleicht zwischen 7 999 und 8 000. Das ist doch auch keine zielführende Diskussion. Richtgrößen sind dafür da, dass sich die Leute daran orientieren können.

(Herr Bullerjahn, SPD, Frau Budde, SPD, und Herr Dr. Püchel, SPD, lachen)

Wir haben damit die Orientierung vorgegeben. Die Einzelheiten dazu werden Sie in dem Gesetz über die Qualifizierung der Verwaltungsgemeinschaften demnächst in diesem Hohen Hause zur Beratung auf den Tisch bekommen.

Lassen Sie mich in den letzten verbleibenden Minuten noch kurz auf die Initiativen im Raum Mitteldeutschland eingehen. Der Raum Mitteldeutschland umfasst als natürliche Kernregion ein Industriegebiet, das es zu erhalten und zu fördern gilt. Deshalb ist es nach meiner Auffassung etwas ganz Natürliches, dass wir die Fäden in Richtung Sachsen und Thüringen enger knüpfen, dass wir gemeinsam auf Investorensuche gehen und die Verwaltungen dort, wo es möglich und nötig ist, aufeinander abstimmen.

Das hat nach meiner Auffassung nichts mit der Vorstufe einer Länderneugliederung zu tun. Es hat nach meiner Kenntnis seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch keinen Fall gegeben, in dem eine Länderneugliederung gelungen ist. Selbst die in meinen Augen vernünftigen Versuche der Länder Berlin und Brandenburg sind im ersten Anlauf nicht gelungen. Deshalb bin ich der Auffassung, man sollte diesen Gedankenspielen nicht weiter nachgehen. Je klarer wir sagen, dass dies nicht unser Ziel ist, sondern eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern, desto deutlicher können wir in absehbarer Zeit vorweisbare Erfolge erreichen.

Wir können enger zusammenarbeiten im Bereich des Planungsrechts, bei der Entwicklung der Verkehrswege, aber auch bei Initiativen im Bundesrat. Bei der Verkehrswegeplanung kann uns sogar die Opposition helfen; denn es geht immerhin um so wichtige Vorhaben

wie die Änderung hinsichtlich des Neubaus der ICE-Strecke von Nürnberg über Erfurt, Halle und Leipzig nach Berlin oder die Entwicklung des Flughafens Halle/Leipzig.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, es geht auch um die Ertüchtigung der Elbe als Wasserstraße. Wir als CDU-Landtagsfraktion halten an diesem Vorhaben fest und sind weiterhin der Auffassung, dass Ökonomie und Ökologie sowie die Belange des Hochwasserschutzes miteinander in Einklang gebracht werden können. Ich habe während unseres Treffens, das wir vor einiger Zeit mit Vertretern aus Sachsen und Thüringen hatten, den sächsischen Umweltminister Steffen Flath ausdrücklich nach der sächsischen Haltung zu dieser Thematik gefragt. Die Sachsen sind der Auffassung, dass die Elbe weiterhin als Schifffahrtslinie geeignet sein muss und dass auch die Reparaturmaßnahmen an der Elbe durchgeführt werden müssen.

Allerdings sperren sich die Sachsen - aber das war hier nie ein Thema; für mich war auch neu, dass die Sachsen derartige Befürchtungen haben - gegen den Bau von Staustufen. Von Tschechien wird immer einmal wieder die Frage der Staustufen in die Diskussion gebracht. Aber das ist eine Diskussion, die in Tschechien abläuft. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Raum, der ernsthaft die Idee von Staustufen an der Elbe auf dem Gebiet Deutschlands verfolgt. Insofern entfacht jeder, der solche Ideen wieder in das Gespräch bringt, bewusst eine Phantomdiskussion, weil es natürlich leichter und effektiver ist, gegen Phantome zu kämpfen, als die Wirklichkeit anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Die Initiative im Raum Mitteldeutschland ist ein gutes Beispiel für eine überregionale Zusammenarbeit. Wir setzen gemeinsam Rahmenbedingungen im Bundesrat und können so vielleicht die Interessen der ostdeutschen Länder im Bundesrat besser als bisher durchsetzen. Allerdings verlaufen die Linien dort nicht immer zwischen den A- und den B-Ländern. Dort sind die Gemengelagen manchmal etwas komplizierter. Je abgestimmter wir im Bundesrat agieren, desto größer ist die Chance, dass wir uns durchsetzen können.

Meine Damen und Herren! Ich biete den Oppositionsfraktionen in wichtigen existenziellen Fragen des Wohlergehens des Landes Sachsen-Anhalt die Zusammenarbeit ausdrücklich an. Aber das setzt voraus, dass wir in einer klaren Sprache erst unsere eigenen Konzepte auf den Tisch legen. Wir müssen wissen, was wir wollen. Dann werden wir auch Lösungsmöglichkeiten finden. Zu gegebener Zeit muss dann der Wähler entscheiden, wer im Land Sachsen-Anhalt die bessere Politik macht.

Wir haben den Ehrgeiz, auch weiterhin eine sehr gute Politik für unser Land Sachsen-Anhalt zu machen. Knapp ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt war es, so denke ich, gut und richtig, dass der Herr Ministerpräsident in einigen wenigen Anstrichen dargelegt hat, wohin die Reise in den nächsten Monaten gehen wird. Wir werden bis zur Sommerpause zügig arbeiten. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Scharf. - Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Der Tagesordnungspunkt 1 ist somit beendet.

Wir treten ein in die Behandlung des **Tagesordnungspunktes 2:**

Aktuelle Debatte**Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 - Verantwortung der Landesregierung für die Verwirklichung von Gleichstellung und Teilhabe**

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/621**

In der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten. Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: PDS, CDU, SPD und FDP. Zunächst hat der Antragsteller, die PDS-Fraktion, das Wort. Ich erteile hiermit der Abgeordneten Frau Dr. Sitte das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Danke, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Nach 1981, dem Uno-Jahr der Behinderten, nach dem Uno-Jahrzehnt der Behinderten und der Festlegung, den 3. Dezember jedes Jahres als Welttag der Behinderten zu begehen, ist die Ausrufung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003 durch die Europäische Union die vierte bedeutende Aktivität, um auf Probleme und Fragen des Lebensalltags behinderter Menschen öffentlich aufmerksam zu machen.

Dabei geht es nicht um ein Jahr für Menschen mit Behinderungen, sondern um das Jahr der Menschen mit Behinderungen. Dieser Unterschied ist offensichtlich für manchen Politiker nur ein bedeutungsloses Wortspiel. Allerdings weist dieser Unterschied auf das Programm hin und er verweist auf die in den letzten zwei Jahrzehnten vollzogenen Veränderungen. Nicht nur für, sondern vor allem durch und mit behinderten Menschen eröffnen sich Chancen für einen Paradigmenwechsel.

(Zustimmung bei der PDS)

Noch 1981 waren behinderte Menschen zu dem wohl eher als Jubelveranstaltung geplanten Festakt der Bundesregierung eingeladen. Vertreterinnen und Vertreter der damaligen „Krüppelbewegung“, wie sie sich selbst nannte, protestierten laut gegen diese Art der Ehrung und attackierten sogar tätlich den damaligen Bundespräsidenten, um öffentlichkeitswirksam auf Diskriminierungen und Benachteiligungen behinderter Menschen aufmerksam zu machen.

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 steht unter dem Motto „nichts über uns ohne uns“. Dieses Motto steht zugleich, wie Karl-Hermann Haack als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen es formulierte, als Lehre aus manchen Veranstaltungen, die über die Köpfe und die Interessen der behinderten Menschen hinweg organisiert wurden. Es steht aber auch, wie er weiter ausführte, für den entschlossenen und selbstbewussten Kampf

für die Interessen behinderter Menschen nicht nur in Deutschland.

Die wichtigsten Orientierungen und Forderungen sind: Teilhabe verwirklichen, Gleichstellung durchsetzen und Selbstbestimmung ermöglichen.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS hat in diesem Landtag, aber auch in den Behindertenverbänden und in den Arbeitsgruppen des runden Tisches schon vor dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen für diese Grundideen und Grundforderungen gestanden. So hat die PDS im Jahr 1997 die Landesregierung aufgefordert, ein Landesgleichstellungsgesetz in den Landtag einzubringen.

Im Januar 2000 haben wir nach vielen umfänglichen und intensiven Beratungen mit behinderten Menschen und ihren Organisationen den Entwurf eines Landesgleichstellungsgesetzes eingebracht. Das hatte zur Folge, dass auch die SPD ihre Vorstellungen veröffentlichte und ein derartiges Gesetz einbrachte.

Im Dezember 2000 wurde von diesem Landtag dann wiederum die novellierte Landesbauordnung beschlossen, die nicht zuletzt auf Vorschlag und auf Drängen der PDS vorbildliche Regelungen für das barrierefreie Bauen enthielt. Das ist kein Investitionshemmnis; ansonsten würde das wahrscheinlich in Amerika in dem Umfang, der dort übrigens darüber hinaus geht, nicht stattfinden.

Das alles führe ich an, um deutlich zu machen, worauf die neue Landesregierung hätte zurückgreifen können, um dem Landtag, wie im Antrag der PDS-Fraktion vom Juli 2002 gefordert wurde, über ihre Vorstellungen und Konzepte zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen zu berichten, und worauf sie sich auch während der Eröffnungsveranstaltung in Magdeburg hätte beziehen können.

Heute ist festzustellen: Die Berichterstattung der Landesregierung in den Ausschüssen war dürftig und sie wirkte sehr halbherzig. Einzig Herr Dr. Daehre griff Anregungen sowohl von den Verbänden als auch von den Abgeordneten auf, um neue Barrieren zu verhindern. Die PDS-Fraktion begrüßt daher das Vorhaben des Ministeriums, einen Wettbewerb „Barrierefreie Kommune“ in Sachsen-Anhalt auszuloben. Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Man kann in diesem Wettbewerb schon sehr weit oben landen, wenn man nichts weiter einhält als das Gesetz.

(Beifall bei der PDS)

Festzustellen ist aber insgesamt, dass nach zehn Monaten schwarz-gelber Landesregierung dies die einzige originäre Idee dieser Landesregierung auf diesem Feld war und ist. So kann der Auftritt des Ministerpräsidenten Professor Böhmer

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

am 21. Februar 2003 während der nationalen Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen in Magdeburg nicht wirklich verwundern. Er galt und gilt vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, insbesondere auch aus Sachsen-Anhalt, als blamabler Beleg dafür, wie wenig vertraut ihm und der Landesregierung die Probleme von behinderten Menschen sind.

(Beifall bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Das ist doch Unsinn!)